



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

25.03.2019

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.04.2019

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Unterstützung des Aktionsbündnisses Schulsozialarbeit

Vorlagen-Nummer: VI/2019/05021

TOP:

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen.

Begründung:

In der Stadt Halle (Saale) ist Schulsozialarbeit etablierter und unverzichtbarer Bestandteil im schulischen Leben und hat sich als wirksames Bindeglied zwischen Schule, Elternschaft und Jugendhilfe bewährt. Sie leistet einen zentralen Beitrag zur schulischen und sozialen Integration junger Menschen und deren Familien und stärkt die Zusammenarbeit von Schule mit anderen Einrichtungen und Unterstützungssystemen vor Ort. Begleitend und koordinierend steht die Regionale Netzwerkstelle „Schulerfolg für Halle“ als direkter Ansprechpartner für Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Schulleitungen und Lehrkräfte sowie für Vertretungen der freien und öffentlichen Jugendhilfe zur Verfügung. Mit kommunalen Verantwortlichen arbeitet sie an der qualitativen Weiterentwicklung der Bildungsvernetzung und trägt zur Erweiterung der kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten an der Schnittstelle Schule und Jugendhilfe bei.

Der Wegfall dieser Angebote würde für die hiesige Bildungslandschaft einen großen Verlust bedeuten und die bisher erreichten Erfolge zunichtemachen.

Schulsozialarbeit findet ihre gesetzliche Grundlage im SGB VIII. Im Jahr 2018 wurde sie in das Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt aufgenommen. Ein Anrecht auf Finanzierung ergibt sich aus dem Passus aber nicht. Bis dato gibt es keine Lösungsstrategien zur Umsetzung der gesetzlich verankerten Schulsozialarbeit im Land Sachsen-Anhalt.

Das Aktionsbündnis „Schulsozialarbeit dauerhaft verankern“ ist ein Zusammenschluss der GEW des Landes Sachsen-Anhalt, des Landeselternrats, des Landesschülerrats, der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS). Es setzt sich für die langfristige, nachhaltige und flächendeckende Sicherung von Schulsozialarbeit und den Erhalt der regionalen Netzwerkstellen für Schulerfolg ein.

Die konkreten Forderungen des Aktionsbündnisses sind:

- „Der Landtag muss im Doppelhaushalt 2020/2021 Vorsorge treffen, um eine flächendeckende Versorgung aller Schulen mit Schulsozialarbeit und den Erhalt der regionalen Netzwerkstellen für Schulerfolg zu gewährleisten.“

- Die bestehenden Schulsozialarbeitsprojekte und die regionalen Netzwerkstellen für Schulerfolg müssen weitergeführt werden.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend ein Konzept zur nachhaltigen Verankerung der Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt vorzulegen.¹

Die Stadt Halle (Saale) unterstützt das Aktionsbündnis „Schulsozialarbeit dauerhaft verankern“ hinsichtlich dieser Forderungen.

Katharina Brederlow
Beigeordnete

¹ <https://www.aktionsbuendnis-schulsozialarbeit.de/>